

21.08.2019

Kleine Anfrage 2873

des Abgeordneten Stefan Kämmerling SPD

Alle warten, nur eine schläft: Was unternimmt die Landesregierung in Sachen Altschulden?

Die Liquiditätskredite nordrhein-westfälischer Kommunen sind mit rund 23 Milliarden Euro ein hemmender Klotz am Bein der Kommunen. Insbesondere Kommunen, die aufgrund sozialer Herausforderungen große Anstrengungen unternehmen müssen, sind besonders betroffen.

Die Notwendigkeit einer Lösung der Altschuldenproblematik ist allseits anerkannt. Auch die Bundesregierung hat die Handlungsnotwendigkeit mittlerweile anerkannt und ihre grundsätzliche Bereitschaft einer Beteiligung, allerdings im Rahmen eines „nationalen politischen Konsens“ erklärt. Im Rahmen der Regierungskommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ ist erklärt worden, dass eine eigene Landeslösung bei einer nachträglichen Beteiligung des Bundes nicht nachteilig sein werde. Die Länder Hessen und Saarland haben vor diesem Hintergrund eine Lösung für die Schulden ihrer Kommunen gefunden.

Am 6. Oktober 2018 erklärte Ministerin Scharrenbach anlässlich einer Delegiertenversammlung der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU, man werde „im Hinblick auf die Altschulden der Kommunen kurzfristig eine Lösung vorlegen“.¹ Nunmehr erklärt der Pressesprecher des Ministeriums für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung, die Ministerin „rechne mit einem Ergebnis bis Ende des Jahres“.²

Angesichts der Einnahmesituation aller staatlichen Ebenen sowie der aktuellen Zinssituation wird die derzeitige Lage von Experten als historisch günstig für eine Lösung der Altschuldenproblematik beschrieben.

Die Co-Vorsitzende der AG 1 der Regierungskommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ berichtete anlässlich ihres Berichtes im Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bau und Wohnen am 5. Juli 2019 davon, dass die Tatsache, dass NRW als einziges Land der Länder mit hohem

¹ <https://www.kpv-nrw.de/4018-thomas-hunsteger-petermann-als-kpv-landeschef-best%C3%A4tigt-2.html>

² https://www.nw.de/nachrichten/regionale_politik/22533577_Experten-fordern-Schuldenschnitt-fuer-143-NRW-Kommunen.html

Datum des Originals: 19.08.2019/Ausgegeben: 21.08.2019

Kassenkreditbestand keine eigene Lösung vorgelegt habe, auf Bundesebene für Irritationen Sorge.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Welche Anstrengungen hat die Landesregierung zum Abschluss einer Lösung der Altschuldenproblematik unter Einbeziehung des Bundes unternommen?
2. Welche Gespräche sind wann mit welchen Institutionen zur Lösung der Altschuldenproblematik auf Landesebene geführt worden?
3. Wie bewertet die Landesregierung die Tatsache, dass die Untätigkeit der Landesregierung für Irritationen auf der Bundesebene sorgt?
4. Wann beabsichtigt die Landesregierung ein Konzept bzw. einen Gesetzentwurf zur Lösung der Altschuldenproblematik vorzulegen?
5. Wie bewertet die Landesregierung die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für eine Lösung der Altschuldenproblematik bzw. die Perspektive angesichts einer drohenden Abflachung der wirtschaftlichen Entwicklung?

Stefan Kämmerling